

Motion Freie Fraktion AL/GaP/PdA (Angela Falk/Tabea Rai, AL/Zora Schneider, PdA/Luzius Theiler, GaP): Notschlafstelle für Frauen*

Bei Wintertemperaturen in unseren Breitengraden besteht für Obdachlose ein deutliches Risiko sich Erfrierungen einzuholen oder gar an einem Kältetod zu sterben. Deshalb und weil sich eine nicht adäquate Wohnsituation negativ auf die psychische und physische Gesundheit auswirkt, sollen die Wohnsituationen von den in den prekärsten Verhältnissen lebenden Menschen verbessert und das Angebot an die diversen Bedürfnisse angepasst werden. In Bern werden insgesamt nur 17 Notschlafplätze für Frauen zur Verfügung gestellt, während Männern 51 Plätze zur Verfügung stehen. Das Passantenheim, geführt von der Heilsarmee bietet elf Plätze, welche im Voraus vergeben werden. Für spontane Anfragen bietet der Sleeper sechs Plätze für Frauen an, welche bis 22 Uhr bezogen werden können. Platzmangel herrscht jedoch laut der Kirchlichen Gassenarbeit Bern überall, unabhängig vom Geschlecht. Zudem sind die Zugänglichkeit und die Eignung dieser Angebote als Notschlafstelle für Frauen, insbesondere für jene mit zusätzlichen Bedürfnissen, in Frage gestellt. Die kürzlich in Basel durch die Christoph-Merian-Stiftung durchgeführte Studie «Kein Daheim» fasst zusammen, dass es in den offiziellen Notschlafstellen bisher viermal mehr obdachlose Männer gibt als Frauen und dass Frauen häufiger Unterschlupf finden in ihrem sozialen Netzwerk. Geschlechterspezifische Selektionseffekte müssen in diesem Zusammenhang unbedingt geprüft werden, der Zugang zu Notschlafplätzen darf für Frauen nicht erschwert sein. Frauenhäuser stellen auf der Suche nach Anschlusslösungen für Frauen riesige Hürden für den Übertritt in eine Notschlafstelle fest. So zum Beispiel, wenn schwer traumatisierte Frauen, welche Opfer wurden von psychischer, physischer und/oder sexueller Gewalt durch Männer, sich dagegen entscheiden, da sie sich nicht genügend geschützt fühlen in einer gemischten Unterkunft. Dies ist verheerend, denn genau die Frauen, die in Kriseninterventionsstellen Schutz und Unterkunft suchen nach erlebter Gewalt, verfügen eben meistens nicht über ein intaktes soziales Umfeld, weder während der Krise noch in der Nachbetreuungsphase.

Zusätzlich müssen Frauen, die ihren Suchtmittelkonsum durch Sexarbeit auf dem Strassenstrich finanzieren, normalerweise wesentlich länger als bis 22 Uhr arbeiten – somit haben sie keinen Zugang zu den bestehenden Angeboten, was dazu führen kann, dass sie mangels Alternative bei Freiern übernachten. Dies bringt sie in eine verletzte Situation, die mit einem Angebot mit längeren Öffnungszeiten behoben werden kann. Weiter kommen obdachlose Frauen wiederholt auch bei Bekannten oder Unbekannten unter, welche dafür eine Gegenleistung erwarten oder verlangen. Dies bringt die Frauen in eine verletzte Situation, welche durch ein entsprechendes, geschlechtsspezifisches Angebot vermeidbar wäre.

Wie bereits die Motion 2019.SR.000149 von Zora Schneider (PdA) «Dunkelziffer bei Obdachlosen ans Licht bringen» von verganginem April fordert, zeigen die täglichen Erfahrungen von Mitarbeiterinnen von Frauenhäusern und der Gassenarbeit, dass es unabdingbar ist, mehr niederschwellige Notschlafplätze zu schaffen und vor allem auch frauenspezifische Angebote zu schaffen. Die Stadt Bern soll sich ein Vorbild an Basel nehmen und Verantwortung für Frauen in prekären Lebenssituationen übernehmen.

Der Gemeinderat wird aufgefordert eine Notschlafstelle zu finanzieren:

welche allen Frauen offen steht, unabhängig von ihrer Herkunft, dem Wohnort, dem Aufenthaltsstatus oder ihrer sexuellen Orientierung.

welche niederschwellig ist, d.h. suchtmittelabhängigen Frauen, Frauen mit Tieren, Frauen mit einer körperlichen Beeinträchtigung,

Trans-Frauen etc. zugänglich ist und wesentlich länger als bis 22 Uhr zugänglich ist.

Erstunterzeichnende: Angela Falk, Zora Schneider, Luzius Theiler

Mitunterzeichnende: Szabolcs Mihalyi, Fuat Köçer, Johannes Wartenweiler, Ingrid Kissling-Näf, Timur Akçasayar, Tabea Rai, Regula Bühlmann, Lea Bill, Katharina Gallizzi, Ursina Anderegg, Franziska Grossenbacher, Regula Tschanz, Leena Schmitter, Eva Krattiger, Michael Burkard, Gabriela Blatter, Melanie Mettler, Patrick Zillig, Irène Jordi, Claudine Esseiva, Vivianne Esseiva, Barbara Nyffeler

Antwort des Gemeinderats

Die Motion nimmt Bezug auf die Motion 2019.SR.00149 von Zora Schneider (PdA) «Dunkelziffer bei Obdachlosen ans Licht bringen» und auf eine Bedarfsanalyse, welche in der Region Basel durchgeführt wurde. Der Gemeinderat wird aufgefordert, eine zusätzliche Notschlafstelle für Frauen mit erweiterten Öffnungszeiten und Zugangskriterien zu finanzieren.

Aus Sicht des Gemeinderats lassen sich die Ergebnisse der Studie «Obdachlosigkeit, Wohnungslosigkeit und prekäres Wohnen. Ausmass, Profil und Bedarf in der Region Basel» von Matthias Drilling und Jörg Dittmann nur bedingt auf die Situation in der Stadt Bern übertragen. Wie bereits in der Antwort zur Motion 2019.SR.00149 von Zora Schneider (PdA) «Dunkelziffer bei Obdachlosen ans Licht bringen» ausgeführt wurde, wird die Stadt Bern an einem weiterführenden Städtevergleich teilnehmen. Der Gemeinderat will zunächst diese Studienergebnisse abwarten, bevor er in diesem Bereich weitere Beschlüsse fasst. Dieses Vorgehen ist auch deshalb sinnvoll, weil es in der Stadt Bern kurzfristig keinen ausgewiesenen Bedarf für die Bereitstellung einer zusätzlichen Notschlafstelle für Frauen gibt. Rückmeldungen von PINTO zeigen, dass aktuell (Stand Juli 2019) vier Frauen draussen übernachten. Alle vier Frauen sind nach Einschätzung von PINTO schwer psychisch beeinträchtigt und haben kein Suchtproblem. Keine dieser Frauen würde, nach Einschätzung von PINTO, in einem Notschlafangebot übernachten, egal wie niederschwellig diese auch sei. Es seien verschiedenste Versuche unternommen worden, diese Frauen einer Notunterkunft zuzuführen, jedoch immer ohne Erfolg. Auch aus der Sicht der Obdachlosenhilfe wird der Bedarf an Notschlafplätzen, auch für Frauen, mit dem derzeitigen Angeboten weitestgehend abgedeckt.

Der Gemeinderat wird im Rahmen des Prüfungsberichts über die Ergebnisse des erwähnten Städtevergleichs orientieren.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Die Beteiligung am Städtevergleich hat für die Stadt Bern keine finanziellen Folgen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen.

Bern, 20. November 2019

Der Gemeinderat